



- 2) Mit dem Bau der Windenergieanlage darf erst begonnen werden, wenn zur Sicherstellung der Beseitigung der Anlage eine Sicherheitsleistung (Bank- oder Versicherungsbürgschaft) bei der Kreisverwaltung Vulkaneifel hinterlegt wurde. Die Höhe der zu hinterlegenden Sicherheitsleistung ist:
 1. nach der Formel $SL_n = GB \times ((Z : 100) + 1)^n$ gemäß dem Rundschreiben des MdF vom 19.04.2024 zu berechnen und
 2. durch eine eigene Berechnung zu ermitteln, wobei die Umsatzsteuer enthalten sein muss, eventuelle Wiederverwertungserlöse nicht zu berücksichtigen sind und ein Inflationsausgleich in Höhe von 2 % in Ansatz zu bringen ist.
- 3) Mit dem Bau der Windenergieanlagen darf erst begonnen werden, wenn ein Baugrundgutachten eines anerkannten Sachverständigen für Erd- und Grundbau der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel vorliegt.

Auflagen

- 1) Der Baubeginn ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel mittels beigefügten Vordrucks mindestens 1 Woche vorher schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für die Wiederaufnahme von Bauarbeiten nach einer Unterbrechung von mehr als 3 Monaten (§ 77 Abs. 1 LBauO).
- 2) Die abschließende Fertigstellung bzw. die Inbetriebnahme der Windenergieanlage ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel mittels beigefügten Vordrucks mindestens 2 Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.
- 3) Gemäß § 55 Abs. 1 LBauO ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel vor Baubeginn Name und Anschrift der bauleitenden Person und während der Bauausführung einen Wechsel dieser Person unverzüglich mittels beigefügten Vordrucks schriftlich anzuzeigen.
- 4) Das Betonieren der Fundamente darf erst nach der Bewehrungsabnahme und Freigabe durch einen noch zu beauftragenden zugelassenen Prüfenieur für Baustatik erfolgen. Ein entsprechender Abnahmebericht muss der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel vorgelegt werden.
- 5) Die Windkraftanlagen müssen eine Vorrichtung zur Arretierung der beweglichen Teile haben, damit Überprüfungen, Wartungen und Instandsetzungsarbeiten gefahrlos durchgeführt werden können.

Regelmäßig zu prüfen sind

 - die Sicherheitseinrichtungen und die Übertragungstechnischen Teile auf Funktionstüchtigkeit bei Betrieb und Stillstand unter Berücksichtigung der gegenseitigen Beeinflussung in Zeitabständen von höchstens 2 Jahren.
 - die Rotorblätter auf Steifigkeit, auf die Beschaffenheit der Oberfläche und auf Rissbildung in

Zeitabständen von höchstens 2 Jahren.

Der Betreiber hat die Prüfungen auf seine Kosten durch den Hersteller oder einen fachkundigen Wartungsdienst durchführen zu lassen.

- 6) An gut sichtbarer Stelle sind dauerhaft Schilder anzubringen, die auf die mögliche Gefahr des Eisabwurfs von der Windkraftanlage bei Betrieb und Stillstand hinweisen.
- 7) Vor Inbetriebnahme der Windenergieanlagen ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel eine Konformitätsbescheinigung vorzulegen, in der bestätigt wird, dass die installierte Anlage mit der begutachteten Anlage und der vorliegenden Typenprüfung übereinstimmt.
- 8) Vor Inbetriebnahme der Aufzugsanlagen muss diese durch eine sachverständige Stelle (z.B. TÜV) überprüft und abgenommen werden. Eine entsprechende Abnahmebescheinigung ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel vor der Inbetriebnahme vorzulegen.
- 9) Es ist eine Abnahmebescheinigung des beauftragten Bodengutachters für die Abnahme der Fundamentsohlen bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisverwaltung Vulkaneifel vorzulegen. Das Betonieren der Fundamente darf erst nach Vorlage der Abnahmebescheinigung des Bodengutachters erfolgen.
- 10) Das Gutachten zur Standorteignung der F2E Fluid & Energy Engineering GmbH & Co. KG, Referenz-Nummer 2022-J-056-P3-R0 vom 31.07.2023 ist Bestandteil dieser Stellungnahme.
- 11) Rechtzeitig vor Ablauf der Entwurfslebensdauer der Anlage ist der Genehmigungsbehörde mitzuteilen, ob ein Rückbau erfolgen soll oder ob ein Weiterbetrieb geplant ist. Im Falle eines angestrebten Weiterbetriebes sind alle notwendigen Nachweise zur Standsicherheit und zur Betriebssicherheit rechtzeitig vorzulegen.
- 12) **Die WEA-West soll auf den Flurstücken 32, 38, 39 und 68/1, Flur 13, Gemarkung Hallschlag und die WEA-Ost soll auf den Flurstücken 18/2, 121, 63/1 und 63/2, Flur 12, Gemarkung Hallschlag errichtet werden. Vor Erteilung der Genehmigung nach dem BImSchG ist daher die Eintragung von Parzellenvereinigungsbaulasten hier im Baulastenverzeichnis erforderlich, bzw. es ist eine entsprechende Bedingung in die Genehmigung nach dem BImSchG aufzunehmen. Bitte setzen Sie sich diesbzgl. mit Frau Eva Pawlak (Tel. 06592-933316, eva.pawlak@vulkaneifel.de) in Verbindung.**
- 13) **Die nach § 8 LBauO erforderliche Abstandsfläche für die WEA-West liegt teilweise auf dem Flurstück 31, Flur 13, Gemarkung Hallschlag. Vor Erteilung der Genehmigung nach dem BImSchG ist daher die Eintragung einer Abstandsflächenbaulast hier im Baulastenverzeichnis erforderlich, bzw. es ist eine entsprechende Bedingung in die Genehmigung nach dem BImSchG aufzunehmen. Bitte setzen Sie sich diesbzgl. mit Frau Eva Pawlak (Tel. 06592-933316, eva.pawlak@vulkaneifel.de) in Verbindung.**

Hinweise

Wir bitten um Übersendung einer Ausfertigung des Genehmigungsbescheides.

Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von **513,48 €** erhoben.
Die beigefügte Kostenfestsetzung ist Bestandteil dieses Bescheides.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Mario Wellenberg